

DONNERSTALK

Echt enttäuscht

Österreich sucht den starken Mann. Zumindest 43 Prozent der Bevölkerung, besagt zumindest eine neue Umfrage, wünschen, dass ein gestrenger Zuchtmeister im Staat das Sagen hat. Nun muss es nicht unbedingt ein starker Mann sein, eine starke Frau täte es zur Not auch. Danach wurde aber interessanterweise nicht gefragt. Bedeutet dieses Ergebnis eigentlich, dass 57 Prozent lieber einen schwachen Mann am Ruder wissen würden? Oder einfach, dass diese Frage, britisch ausgedrückt, ein Intelligenzdefizit aufweist. Auffällig auch, dass die Starker-Mann-Befürworter ein großes Problem mit zwar skurrilen, aber starken Männern haben, wenn diese im Ausland an der Macht sind. Auf jeden Fall schrillen erneut die Alarmglocken der Enttäuschten. Enttäuscht kann aber nur sein, wer sich zuvor getäuscht hat oder getäuscht wurde. Das lässt viel Raum für Fantasie und Interpretation. Nein, diese Einstellung kann keineswegs als Absage an die Demokratie angesehen werden, weil der Ruf nach mehr Zucht und Ordnung aus einem eher bildungsfernen Milieu stammt. Da muss jetzt etwas passieren. Überhaupt, diese Demokratieverdrossenheit. Wohin soll die nur führen? Ein Wunsch nach einer Diktatur kann andererseits auch wieder nicht aus dem Ergebnis der Umfrage herausgelesen werden, obschon nur ein Drittel damit zufrieden ist, wie die demokratischen Prozesse funktionieren. Die Leute sind bloß enttäuscht, und zwar echt! Und das führe, sagt der Fachmann, zu einem »gewaltigen Schub beim autoritären Hardcore-Potenzial«. Politische Apathie begünstigt eben autoritäre Systeme. Vielleicht liegt auch ein Grund für die Sehnsucht nach einem starken Mann darin, dass es viele einfach satt haben, ständig mit Déjà-vu-Erlebnissen konfrontiert zu werden.



Alfred Dorfer versteht, warum so viele mehr Zucht und Ordnung wollen

aus einem eher bildungsfernen Milieu stammt. Da muss jetzt etwas passieren. Überhaupt, diese Demokratieverdrossenheit. Wohin soll die nur führen? Ein Wunsch nach einer Diktatur kann andererseits auch wieder nicht aus dem Ergebnis der Umfrage herausgelesen werden, obschon nur ein Drittel damit zufrieden ist, wie die demokratischen Prozesse funktionieren. Die Leute sind bloß enttäuscht, und zwar echt! Und das führe, sagt der Fachmann, zu einem »gewaltigen Schub beim autoritären Hardcore-Potenzial«. Politische Apathie begünstigt eben autoritäre Systeme. Vielleicht liegt auch ein Grund für die Sehnsucht nach einem starken Mann darin, dass es viele einfach satt haben, ständig mit Déjà-vu-Erlebnissen konfrontiert zu werden.

AUSSERDEM

Tribunal in der Glotze

Einige Führungskräfte im öffentlich-rechtlichen Rundfunksender wedeln nun offensichtlich mit einem drohenden Zeigefinger. Ein Fernsehstudio, warnen sie, dürfe sich nicht in ein Tribunal verwandeln, ein Interview nicht zum Verhör entarten. Wenn Moderatoren vorläufig Auskunft begehren, wenn sie sich nicht mit Sprechblasen abfertigen lassen, sondern beharrlich nachhaken und darauf bestehen, dass man doch bitte schön auf konkrete Fragen auch konkrete Antworten erwarte – überschreiten dann TV-Journalisten wirklich ihre Kompetenzen?

Es mag noch immer viele Politiker geben, die sich nicht damit abfinden mögen, dass der Kerl vom Fernsehen nicht so, wie es früher lange Zeit der Brauch war, eigentlich wenig mehr als ein lebendiger Mikrofonständer ist. Wenige sind auch souverän und geistesgegenwärtig genug, einem möglicherweise etwas angriffslustigen, vielleicht sogar unbequemen Fragesteller mit trockenem Witz den Wind aus dem Segel zu nehmen. Doch der Politikertypus, der es als ein Sakrileg erachtet, wenn die Unfehlbarkeit seiner Worte angezweifelt wird, ist gerade dabei, in den Ruhestand zu gehen. Die Nachfolger werden es sich gefallen lassen müssen, auf gleicher Augenhöhe mit ihrem Interviewer zu verkehren.

Ein Gespräch vor laufender Kamera ist immer auch ein Wortgefecht mit offenem Visier. Dabei sind die Chancen gleich verteilt. Es geht immer darum, Gegensätze zum Vorschein zu bringen, und nicht um die lapidare Verkündung politischer Botschaften. ORF-Funktionäre sollten erkennen, dass die Kontroverse zum modernen TV-Alltag gehört. Sonst zählen auch sie demnächst zu einer aussterbenden Spezies. JR



Demo vor dem Wiener Parlament im Juli 2016 nach dem Putschversuch in der Türkei

»Es geht um Vergeltung«

Statt über Integration wird nach dem türkischen Referendum über illegale doppelte Staatsbürgerschaften geredet. Warum ist das so? Ein Gespräch mit dem Soziologen Kenan Güngör



»Erdogan sagt den Türken, egal, wie lange ihr in Europa lebt, wir sind für euch da«

DIE ZEIT: Vor zehn Tagen stimmten fast drei Viertel der türkischen Wähler in Österreich für die Verfassungsänderung in der Türkei. Darauf ist eine Diskussion über die großteils illegalen doppelten Staatsbürgerschaften entflammt. Warum ist das so ein Reizthema? **Kenan Güngör:** Es geht um eine Art Vergeltung. Es gibt seit einigen Jahren ein großes Unbehagen in weiten Teilen der Gesellschaft gegenüber der türkeistämmigen Bevölkerung. Es ging dabei etwa um die Demonstrationen nach dem Putschversuch im Sommer, um die Auftritte von türkischen Politikern und jetzt um das Referendumsergebnis. Dass nun über Doppelstaatsbürgerschaften diskutiert wird, ist die umgeleitete Revanche. **ZEIT:** Man hat einen Punkt gefunden, an dem man die hier lebenden Türken politisch korrekt angreifen kann? **Güngör:** Zum Teil. Es gibt die Gehässigen, die das als gesellschaftlich legitimierte Anlass nehmen, ihre Resentiments demokratiepolitisch zu kleiden und loszuwerden. Es ist zurzeit einfach, Demokrat zu sein und auf sie draufzuschlagen, weil man im Recht ist. Dann gibt es bei Moderaten und Progressiven so was wie eine Erwartungsenttäuschung, dass die Migranten nicht nur die gutmütigen Opfer gesellschaftlicher Diskriminierung sind. **ZEIT:** Was unterscheidet den Diskurs in Österreich und Deutschland? **Güngör:** In Deutschland ist er sprachlich eingeehrt. **ZEIT:** Woran liegt das? **Güngör:** Das hat mit der Größe zu tun. In Deutschland gibt es eine ausdifferenzierte Institutionenlandschaft, die als gesellschaftliches Korrektiv fungiert. In Österreich gibt es eben nicht zehn Institute mit je 40 Mitarbeitern, die zum Thema Migration forschen. Vieles, was hier gesagt wird, ist nicht empirisch belegt, sondern es sind Annahmen und Vermutungen. Was mir auch auffällt, seit ich hier lebe, ich komme ja aus Deutschland, ist, dass das Sagbarkeitsfeld problematischer Äußerungen deutlich größer ist.

ZEIT: Es ist mehr erlaubt? **Güngör:** Ja, es herrscht wenig Sorgsamkeit mit Äußerungen. Es wird leichtfertiger von »Kultur-fremden« oder »den Muslimen« gesprochen und einfach kollektiviert. Es wird dann über Parallelgesellschaften geredet, die gefährlich seien. Aber wir leben alle in Blasen. Das Problem sind also nicht Parallelmilieus, sondern desintegrative Milieus. Man sollte deshalb präzise sein und nicht nur ethnische Kategorien benutzen. Wir haben ein Problem mit antidemokratischen Haltungen und einem stark führerorientierten Politikverständnis bei einem Teil der türkeistämmigen Bevölkerung. Das ist ein Problem, darüber müssen wir sprechen. **ZEIT:** Dann tun wir das doch. 73,23 Prozent der wahlberechtigten Türken stimmten für diese Verfassungsänderung. Wie repräsentativ ist denn dieses Ergebnis für die gesamte Community? **Güngör:** Derzeit wird von einer Wahlbeteiligung von rund 50 Prozent ausgegangen. Die reale Beteiligung dürfte niedriger sein. Wenn man die Doppelstaatsbürger dazuzählt, dann liegt sie unter 40 Prozent, vielleicht sogar bei 30. Das heißt, die meisten gingen nicht wählen. Die Mobilisierung der Diaspora hat nicht wie gewünscht funktioniert. Aber darüber redet niemand. Es geht einzig um die Bestrafung dieser 73 Prozent, und die führt dazu, dass alle mit hineingezogen werden, die gegen Erdogan gestimmt haben – oder nicht hingegangen sind. **ZEIT:** Reden wir uns damit Entwicklungen innerhalb der türkischen Gemeinde schön? **Güngör:** Nein, und die Gründe, warum viele nicht wählen gingen, können unterschiedlich sein. Gerade im ländlichen Raum war es doch sehr unumständlich, andere interessiert die Politik in der Türkei weniger und so weiter. Es gibt leider keine Studien über die Präferenzen in der türkischen Community für bestimmte Parteien und Ideologien. Ich würde mich aber wundern, wenn die Sympathie zu AKP und Erdogan nicht mindestens bei 50 Prozent läge. Damit muss man sich auseinandersetzen und einen kritischen Diskurs führen. Was aber jetzt stattfindet, ist eine Diabolisierung der AKP-Wählerschaft und keine kritische Auseinandersetzung. **ZEIT:** Ein Argument für die hohe Zustimmung zu Erdogan ist oft, dass die Zuwanderer aus der Türkei nach Österreich vor allem aus ländlichen Gebieten kommen. **Güngör:** Das ist so. Man hat nicht Akademiker als Gastarbeiter gesucht, sondern Leute, die gesund sowie fit sind und ohne Aufmucken die harte, dreckige Arbeit erledigen. Dass man deshalb eher formal weniger gebildete

Menschen oft aus ländlichen Regionen geholt hat, ist klar. **ZEIT:** Ist es nicht ein überhebliches Argument, zu sagen, die wüsstens es halt nicht besser?

Güngör: Ich habe von der strukturellen Ebene gesprochen. Die AKP hat in der Türkei ihre Hochburgen von Zentralanatolien bis an die Schwarzmeerküste. Es gibt Studien, die zeigen, dass der Anteil der formal niedriger gebildeten Wähler bei der AKP sehr hoch ist. Wenn wir das auf Wien umlegen, überrascht das Ergebnis nicht, das ist eine Folge der Kettenmigration, ein nicht unerheblicher Teil kommt aus Zentralanatolien. In der Schweiz ist das anders. In Basel ist die kurdische HDP stark, dort leben viele Menschen aus den kurdisch-alevitischen Gebieten. **ZEIT:** Für die Weltanschauung spielt die regionale Herkunft eine starke Rolle? **Güngör:** Genau, und andererseits beeinflusst die Mehrheitsgesellschaft in Österreich diese Leute nur wenig, obwohl sie schon seit zwei oder drei Generationen hier sind. **ZEIT:** Wie erklären Sie sich das? **Güngör:** Wenn Konflikte in Ursprungsländern stärker werden, findet in der Diaspora eine Re-Identifikation und eine Re-Ethnisierung statt. Sie können zum Beispiel die kurdisch-türkische Spaltung nicht durch die Konflikte in Wien erklären, sondern durch jene in der Türkei. Viele, die hier leben, schauen zu Hause hauptsächlich türkisches Fernsehen. Diese neuen Möglichkeiten sind eine positive Entwicklung, werfen aber ganz neue Fragen auf. Menschen leben nicht nur an dem Ort, wo sie gerade sind. Wir müssen also transnational denken. **ZEIT:** Eine hitzige Diskussion über doppelte Staatsbürgerschaften ist das Gegenteil davon? **Güngör:** Ja, das ist meine Kritik daran. Natürlich, es widerspricht geltendem Recht. Aber wer ist denn zu Schaden gekommen? Nirgends auf der Welt führen doppelte Staatsbürgerschaften zu Konflikten. Und es wäre ein Problem, wenn man nun Menschen aufgrund ihrer doppelten Staatsbürgerschaft kriminalisieren würde. **ZEIT:** Lange Zeit wurden sie mehr oder weniger geduldet. **Güngör:** In Österreich hat man ein sportliches Verhältnis zur Genauigkeit, man ist in allem etwas flexibler. Problematisch wird das, wenn diese Ungenauigkeit zuerst

»Nirgends auf der Welt führen doppelte Staatsbürgerschaften zu Konflikten«

in Kauf genommen wird und dann, wenn es politisch opportun ist, plötzlich alles sehr genau genommen wird, weil es gerade passt. **ZEIT:** Wie könnte die Politik nun reagieren? **Güngör:** Man muss immer mitdenken, dass es eine zunehmende Innenpolitisierung der Außenpolitik gibt und umgekehrt. Wenn in Österreich ein Islam-Gesetz oder ein Kopftuchverbot eingeführt wird, dann wird das im türkischen Wahlkampf genutzt. Und wenn man sagt, die Türkei werde langsam zu einer Diktatur, hat das innenpolitische Effekte in Österreich. **ZEIT:** Was gehörte nun getan? **Güngör:** Eine Sache, die nichts kostet, ist der Umgang mit Sprache. Gerade in angespannten Zeiten gibt es die Tendenz, dass sich das gehässige Sagbarkeitsfeld erweitert. Eigentlich wäre es aber die richtige Kulturtechnik, genau dann mit der Sprache präziser umzugehen. Dazu kommt noch etwas anderes: Erdogan sagt den Türken, egal, wie lange ihr in Europa lebt, wir sind für euch da, ihr gehört zu uns. Er gibt ihnen ein Selbstwert und Zugehörigkeitsgefühl. Hier aber heißt es: Egal, wie lange ihr da seid, ihr gehört nicht wirklich dazu. In Deutschland ist man etwas weiter. Dort gibt es mehr Eliten innerhalb der Community, die schreiben, die reden, die diskutieren und mit Selbstbewusstsein auftreten. In Österreich habe ich das Gefühl, dass sie stärker eine geduckte Haltung einnehmen. Wenn man aber sagen würde, ihr seid unsere Mitbürger, dann kann man wirklich in eine Diskussion einsteigen. **ZEIT:** Kulturelle Bindungen zur eigenen Herkunft gehören aber doch zum Menschsein dazu. **Güngör:** Zugehörigkeit kann man nicht erzwingen, und natürlich, man kann ein Zugehörigkeitsgefühl zu hier und dort haben. Die entscheidende Frage ist aber: Warum haben wir so wenig Zugehörigkeit hier? Alle Studien zeigen, die türkischen Migranten fühlen sich wohl in Österreich, aber anerkannt fühlen sie sich nicht. Da kann man etwas tun.

Die Fragen stellte Florian Gasser

Kenan Güngör ist Soziologe und Integrationsexperte. Er leitet das Institut »think difference in Wien«

ANZEIGE

ZEIT WIRTSCHAFTSFORUM

7. September 2017 · Hamburg
Hauptkirche St. Michaelis

FRÜH-
BUCHER-
PREIS

DIE ZEIT lädt zum 9. Mal Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik in die Hauptkirche St. Michaelis in Hamburg ein, um kontrovers über die gesellschaftspolitischen Dimensionen wirtschaftlichen Handelns zu diskutieren. An der Veranstaltung nehmen jedes Jahr über 500 Meinungsführer teil. Registrieren Sie sich schon jetzt, um den spannenden Debatten im September beizuwohnen. In diesem Jahr lautet das Schwerpunktthema »Deutschland vor der Wahl«.

Frühbucher-Preis: EUR 1.011,50* (bzw. EUR 892,50* für ZEIT-Abonnenten) bis einschließlich 15. Juni 2017. (*Die Preise verstehen sich inkl. der gesetzlichen MwSt.)

Informationen zur Anmeldung finden Sie unter www.zeit-wirtschaftsforum.de



Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D. Präsident, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin)



Prof. Dr. Clemens Fuest Präsident, Ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.



Katrin Göring-Eckardt Vorsitzende, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen



Wolfgang Kubicki Stellvertreter Bundesvorsitzender, FDP



Dr. Nicola Leibinger-Kammüller Vorsitzende der Geschäftsführung, TRUMPF GmbH + Co. KG



Dr. Thomas de Maizière Bundesminister des Innern



Christian Sewing Stellvertreter Vorstandsvorsitzender / Head of Private, Wealth & Commercial Clients, Deutsche Bank AG



Dr. Sahra Wagenknecht Vorsitzende, Bundestagsfraktion DIE LINKE



www.zeit-wirtschaftsforum.de

